

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 03. Dezember 2009

P. Richener begrüsst die Anwesenden zur Gemeindeversammlung. Speziell begrüsst er die Neuzuzüger Roger und Beatrice Panier und hofft, dass sie auch künftig die Gemeindeversammlungen besuchen werden und sich rege am Gemeindegesehen interessieren. Des Weiteren begrüsst er Herrn Horisberger von der Volksstimme, als einziger Vertreter der Presse.

P. Richener begrüsst auch die Jungbürgerin Flavia Grieder. Leider ist Marc Müller . trotz Anruf bei seinem Kommandanten und Fax-Schreiben . heute nicht dabei. Die Jungbürgeraufnahme kommt Jeannette Andrist zu.

J. Andrist lässt noch einmal die Jungbürgerfeier, welche wieder mit der Gemeinde Wintersingen durchgeführt wurde, Revue passieren. Die Jungbürger konnten die Einsatzzentrale der Stadtpolizei Basel besichtigen sowie das Polizeimuseum. Mit einem Nachtessen wurde der Abend beschlossen. J. Andrist wünscht Flavia Grieder alles Gute für den künftigen Lebensweg und macht sie auf ihre Rechte in Bezug auf Wahlen und Abstimmungen aufmerksam. Als Geschenk überreicht sie im Namen des Gemeinderates ein Jahrgangsbuch aus 1991.

P. Richener: Kommen wir jetzt zur Bestimmung der Stimmzähler, es sind dies Thomas Gasser und Lukas Strub. Als kleiner Test lassen wir die Gewählten die Stimmberechtigten zählen. Es sind 36 Stimmberechtigte anwesend.

P. Richener: Ich stelle fest, dass die Einladungen . zusammen mit den Erläuterungen . rechtzeitig am 19. November 2009 an alle Haushaltungen verschickt wurden.

P. Richener: Entschuldigt hat sich Bruno Schwager.

0. Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 02. September 2009

Das Vorlesen des Protokolls wird nicht gewünscht.

://: Das Protokoll wird einstimmig angenommen und zusammen mit einem Blumenstrauss verdankt.

1. Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

2. Voranschlag 2010

P. Richener: Der Gemeinderat hat sich in den Erläuterungen zum Voranschlag, welcher mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 51 444. . geplant ist, geäußert und hat dem nichts mehr beizufügen. Kurz zusammengefasst handelt es sich um Fr. 11T für ein Vormundschaftsmandat, worüber wir keine Auskunft erteilen können. 306T für die Bildung

inkl. Sekundar- und Sonderschulen. Die Beiträge für das APH Mülimatt in Sissach in der Höhe von ca. Fr. 96T sind mit der letzten Tranche in 2009 bezahlt worden, trotzdem haben wir Fr. 5T im Budget vorgesehen. Die Gemeinde muss zwar keine Beiträge mehr bezahlen, doch kann es sein, dass wir in Härtefällen trotzdem kurzfristig einspringen müssen. Fr. 10T sind für die Spitex eingeplant und in der Sozialhilfe ist ein Betrag von Fr. 61T eingerechnet. Darüber darf aus Datenschutzgründen ebenfalls keine Auskunft gegeben werden. Im Programm ist auch wieder eine Feldwegsanierung von Fr. 10T. Die Steuereinnahmen sind gegenüber 2009 deutlich tiefer als erwartet.

P. Richener: Ich übergebe das Wort an Roger Jüngling der GPK zum Verlesen des Berichtes.

R. Jüngling: Liest den GPK Bericht zum Voranschlag 2010 vor.

P. Richener: Wir verdanken der GPK die geschätzte Arbeit und möchten bei dieser Gelegenheit für die gute Zusammenarbeit danken.

P. Richener: Wortbegehren zum Voranschlag 2010? Nein, dann kommen wir zur Abstimmung über den Voranschlag 2010? Wer diesen genehmigen möchte, bezeuge dies durch Handerheben.

://: Der Voranschlag 2010 wird einstimmig angenommen.

P. Richener: Der Finanzplan liegt auf und kann bezogen werden. Am 01.10.10 wird das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft treten. Heute habe ich in der Zeitung gelesen, dass Rothenfluh schon weiss, dass sie Fr. 400T Finanzausgleich bekommen werden. Mich erstaunt das, wird doch der Finanzausgleich erst gerechnet, nachdem alle Gemeinden die Rechnungen bis spätestens am 30. Juni des darauffolgenden Jahres eingereicht haben.

P. Richener: Der neue Finanzausgleich wird per 01.01.2010 in Kraft treten. Laut Finanzausgleichsgesetz hat dieses Gesetz zum Zweck, ausgewogene Verhältnisse in der Steuerbelastung sowie in den Leistungen der Einwohnergemeinden zu gewährleisten. Die Einwohnergemeinden, deren Steuerkraft über dem Ausgleichsniveau liegt, leisten Beiträge an diejenigen Einwohnergemeinden, deren Steuerkraft darunter liegt. Man redet von 2 Gruppen der Abgeltung, zum Einem ist dies der Horizontale Ausgleich, dazu werden Zusatzbeiträge und Einzelbeiträge vergeben. Die andere Gruppe nennt sich Sonderlastenabgeltung, darin enthalten sind Beiträge für übermässige hohe Kosten für die Bildung, für Sozialhilfe, für Nicht-Siedlungsfläche und für kumulierte Sonderlasten.

Horizontaler Ausgleich:

Die sogenannten Gebergemeinden tragen die Summe der ausgerichteten Beiträge anteilmässig nach Massgabe ihrer Steuerkraft multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl. Der Pro-Kopf-Anteil einer beitragsleistenden Einwohnergemeinde darf nicht mehr als 80% der Differenz zwischen ihrer Steuerkraft und dem Ausgleichsniveau betragen. Übersteigende Teile tragen die übrigen beitragsleistenden Einwohnergemeinden anteilmässig nach Massgabe ihrer Steuerkraft multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl. Allerdings wird die Solidarität der schwächeren Gebergemeinden begrenzt.

Die sogenannten Empfängergemeinden erhalten den Beitrag in Höhe der Differenz ihrer Steuerkraft zum Ausgleichsniveau multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl. Allerdings ist zu bemerken und dies ist ganz wichtig, dass für die Gemeinden, wie z.B. Augst, Lausen,

Langenbruck und Thürnen, bei welchen der effektive Einkommenssteuerfuss unter dem Durchschnitt derjenigen der leistenden Einwohnergemeinden (kurz Durchschnittssteuerfuss) liegt, der Ausgleich vermindert sein wird. Die Verminderung entspricht der Differenz zwischen dem effektiven Steuerertrag und demjenigen, der mit den Durchschnittssteuerfuss erzielt würde.

Dies trifft vor allem die Gemeinden, insbesondere Langenbruck und Thürnen, welche in den letzten Jahren massive Steuerfuss-Senkungen gemacht haben. Auf dieser Folie sehen wir die Entwicklung der Steuerfüsse der in Frage gestellten Gemeinden. Es beweist, dass diese Gemeinden im Hinblick auf eine grössere Finanzausgleichszahlung den Steuerfuss massiv gesenkt haben, doch der Mechanismus des Finanzausgleichs funktioniert nicht in der Art einer Belohnung, ich meine Senkung der Steuern gleich mehr Finanzausgleich. An der Budget-Gmeini 2005 kam diese Anregung auch aus der Einwohnerschaft. Es zeigt, dass die immer wiederkehrende Behauptung aus der Einwohnerschaft damals wie heute nicht stimmt. Würde der Finanzausgleich damals wie heute so funktionieren, wären wahrscheinlich die Gemeinden Langenbruck und Thürnen nicht die Einzigen gewesen mit derart drastischen Senkungen. Das Statistische Amt ist gerne bereit abermals eine Info-Veranstaltung durchzuführen um dies auch für den neuen FA zu erklären.

Zusatzbeiträge: Damit ist gemeint, dass die dreissig Einwohnergemeinden mit der tiefsten Steuerkraft erhalten Zusatzbeiträge für einen zusätzlichen Ausgleich. Die Höhe des Zusatzbeitrags richtet sich nach der Steuerkraft multipliziert mit der Einwohnerzahl. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten; er kann Steuerkraftkategorien bilden. Auch kommt wieder die Begrenzung der Solidarität zum Zuge: Einwohnergemeinden, deren effektiver Einkommenssteuerfuss unter dem Durchschnittssteuerfuss liegt, erhalten keinen Zusatzbeitrag.

Einzelbeiträge: Damit ist gemeint, dass eine Einwohnergemeinde einen Einzelbeitrag erhalten kann, wenn sie sonst alle oder einzelne ihrer Aufgaben nur bei einer unzumutbaren Belastung erfüllen könnte, oder ein notwendiges und angemessenes Vorhaben nicht realisieren könnte oder durch dessen Realisierung eine unzumutbare Belastung entstehen würde.

Wichtig zu wissen: Im Vergleich zum bisherigen Recht: - kein Anspruch mehr für die Bürger- und Burgergemeinden, keine Beschränkung mehr auf den "Ausnahmefalls", Ausdehnung des Anspruchs von "einzelnen" ihrer Aufgaben auf "alle" ihrer Aufgaben sowie auf "Vorhaben". Dabei wird aber weiterhin eine angemessene Ausschöpfung der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten geprüft.

Die Zusatzbeiträge sowie die Einzelbeiträge werden aus dem sogenannten Ausgleichsfond bezahlt. Die Äufnung des Ausgleichsfonds kommt zustande indem alle Einwohnergemeinden jährlich einen Beitrag nach Massgabe ihrer Einwohnerzahl in einen Kantonalen Fond (kurz: Ausgleichsfond) entrichten. Der Regierungsrat legt den Beitrag jährlich nach Massgabe des zu erwartenden Bedarfs fest. Der Beitrag darf Fr. 30 pro Einwohner nicht übersteigen.

Sonderlastenabgeltung:

Die Sonderlastenabgeltung wird auch vertikaler Ausgleich genannt. Der Kanton gilt den Einwohnergemeinden einzelne ihrer Lasten ab, sofern diese überdurchschnittlich hoch sind (kurz: Sonderlasten). Darunter gehören eben die genannten Sparten Bildung, Sozialhilfe, Nicht-Siedlungsfläche und kumulierte Sonderlasten.

Die Merkmale der Sonderlastenabgeltung sind, dass diese steuerkraft-unabhängig sind. Diese ersetzen quantitativ den bisherigen, gebundenen Finanzausgleich (Subventionen an die Lehrkraftbesoldungen) und ersetzt qualitativ die bisherigen Hochbetagen-Sozial- und Kinderindex beim ungebunden bzw. gebunden Finanzausgleich.

Bildung: Einwohnergemeinden, die gemessen an ihrer Einwohnerzahl eine grössere, gewichtete Anzahl Kindergarten- und Primarschülerinnen und -schüler aufweisen als der entsprechende kantonale Durchschnitt, erhalten einen Beitrag als Sonderlastenabgeltung für die Bildung.

Sozialhilfe: Einwohnergemeinden, deren Sozialindex höher ist als der kantonale, mit den Einwohnerzahlen gewichtete Durchschnitt der Sozialindexe, erhalten einen Beitrag als Sonderlastenabgeltung für die Sozialhilfe. Der Beitrag richtet sich nach der Anzahl Indexpunkte über dem kantonalen Durchschnitt. Der Regierungsrat regelt die Definition der Sozialindexe.

Nicht-Siedlungsfläche: Einwohnergemeinden, deren Anteil Nicht-Siedlungsfläche an der Gesamtfläche grösser ist als der entsprechende kantonale Durchschnitt, erhalten einen Beitrag. Der Beitrag richtet sich nach der Fläche über dem kantonalen Durchschnitt.

Kumulierte Sonderlasten: Einwohnergemeinden, deren Summe der Sonderlasten 90% oder mehr des entsprechenden kantonalen Durchschnitts beträgt, erhalten diesen Beitrag.

Die Folie 12 zeigt das bisherige System. Die Gemeinden zahlten für: Ergänzungsleistungen nach Verursacher und nach Finanzausstattung, Beiträge an Jugendhilfe und an den öV.

Zahlenmässig wurde uns in diesem Jahr im August 2009 folgendes berechnet. Fr. 35'180 Beitrag EL nach Finanzausstattung, Fr 13'858 Beitrag EL nach Verursacher, Fr. 37'007 an die stationäre Jugendhilfe und Fr. 1419 an die Jugendstrafrechtlichen Massnahmen. Total Fr. 87'444.

Neu sehen wir auf Folie 14, dass die Beiträge an den öV und an die Jugendhilfe wegfallen. Die Ergänzungsleistungen werden neu nach Einwohnerzahl berechnet.

Diese Folie wurde uns vom Statistischen Amt im Herbst zugeschickt mit den Weisungen für den Voranschlag 2010. Sie ersehen daraus, wie die Berechnung neu gemacht wird.

Zuerst wird der Horizontale Ausgleich berechnet mit Fr. 109'257.--, dann werden die Sonderlastenabgeltungen gerechnet mit Fr. 18'647.-- für Nicht-Siedlungsfläche und Fr. 3'616.-- als kumulierte Sonderlastenabgeltung, Total also Fr. 22'263.-- vom Kanton an uns. Wir bezahlen an die Äufnung des Ausgleichsfonds Fr. 3620.--.

Das ist nach ersten Berechnungen erstellt worden beim Stat. Amt. Wie es definitiv aussehen wird, erfahren wir im August 2010, wenn alle Rechnungen der Gemeinden beim Kanton eingegangen sind und die Berechnungen für den FA erstellt wurden.

P. Richener: Fragen dazu? J.P. Girard: Vielleicht wäre es interessant an der nächsten Budget-Gmeini im Dezember 2010 zu zeigen, wie die Berechnung gemacht wird. P. Richener: Nehmen wir auf und werden dies präsentieren. Dann werden wir ein Jahr Erfahrung haben mit dem neuen System. Vielleicht können wir im nächsten Jahr eine Info-Veranstaltung durchführen. Hat noch jemand Fragen zum Finanzausgleich? Nein.

3. Gemeindeordnung

P. Richener: Die Änderungen in der Gemeindeordnung sind unter anderem nötig, weil wir ab nächstem Jahr die Kreisschule zusammen mit Wintersingen betreiben und somit eine Änderung betreffend Kreisschulrat vorgenommen werden muss. Gleichzeitig haben wir die nötigen Änderungen vorgenommen betreffend Feuerwehr und Zivilschutzorganisation Ebenrain. Änderungen sind in rot aufgelistet und nicht mehr gültiges ist durchgestrichen. P. Richener verliest die Änderungen. Der bisherige Schulrat ist noch bis 31.07.2010 im Amt. Die neue Gemeindeordnung untersteht dem obligatorischen Referendum und muss an der Urne bestätigt werden. Wortbegehren? Nein, dann kommen wir zu Genehmigung der neuen Gemeindeordnung. Wer dem Antrag des Gemeinderates folgen will und die Gemeindeordnung genehmigen möchte, bezeuge dies durch Handerheben.

://: Die neue Gemeindeordnung wird mit grossem Mehr angenommen.

4. Steuersätze

P. Richener: Liest sämtliche Steuersätze vor sowie die Abfallgebühren. Wortbegehren? Nein, dann kommen wir zu den Abstimmungen:

://: **4.1** Der Steuersatz von 55% der Staatssteuer für natürliche Personen für das Jahr 2010 wird mit grossem Mehr angenommen.

://: **4.2** Der Steuersatz für die juristischen Personen von 4,5% Ertragssteuer vom Reinertrag und 3,5% wird mit grossem Mehr angenommen.

://: **4.3** Die Feuerwehersatzabgabe 2010, 5% vom steuerbaren Einkommen, resp. Minimalabgabe von Fr. 300.- und Maximalabgabe von Fr. 1500.- wird mit grossem Mehr angenommen.

5. Abfallgebühren

://: P. Richener: Die Abfallgebühren 2010 werden nicht erhöht. Mit grossem Mehr wurden folgende Abfallgebühren für den Hauskehricht, Sperrgut, Grünabfuhr und Grundgebühr 2010 angenommen:

Siedlungsabfälle:	Pro 35 Liter-Kehrichtsack 1 Gebührenmarke à Fr. 2.00
	Pro 60 Liter-Kehrichtsack 2 Gebührenmarken à Fr. 2.00
	Pro 110 Liter-Kehrichtsack 3 Gebührenmarken à Fr. 2.00
Sperrgut:	Pro 5 kg Fr. 2.- (1 Gebührenmarke)
Grünabfuhr:	Marke für 240 l Fr. 8.-
	Marke für 140 l Fr. 5.-
Abfallgrundgebühr:	Fr. 40.- pro Haushalt.

6. Orientierung des Gemeinderates

P. Richener: Die Schützengesellschaft hat sich auf originellem Weg für die finanzielle Unterstützung der Einwohnergemeinde für die Sanierung des Scheibenstandes bedankt. Der Scheibenstand ist vom Kanton abgenommen worden.

P. Richener: Erlauben sie mir ein paar persönliche Worte: Wir als Gemeinderat glauben, dass wir die Finanzplanung seriös und nach bestem Wissen und Gewissen angehen und nicht wie immer wieder vorgeworfen wird realitätsfremd.

Zudem ziehen wir für gewisse Entscheide die ausserordentlich gut funktionierenden und kompetenten Mitgliederinnen und Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu, mit ihnen werden wir auch über eine künftige Steuer- und Finanzierungs-politik diskutieren.

Es kann nicht angehen, dass wir für diese Planung jede Einwohnerin und jeden Einwohner beiziehen.

Es wird uns vorgeworfen, dass der grosse Wurf Heidhaus von den Vereinen gemieden wird und jede Veranstaltung den Steuerzahler rund CHF 5000.-- kosten würde. Dies sind Behauptungen die keiner Grundlage standhalten. Aus Erfahrung wissen wir, dass man gewisse Einflüsse geltend machen und alles schlechtreden kann.

Uns stehen noch mehr grosse Würfe bevor, wenn wir nur an die Renovation der bestehenden Kanalisation denken, oder an die Instandhaltung unserer Strassen und Wege.

Ich bitte um mehr Vertrauen in die Mitglieder die Mitgliederinnen der RGPK (die schlussendlich durch die Einwohnerschaft gewählt worden sind und deren Arbeit nicht bei jeder Gelegenheit hinterfragt werden sollte) und des Gemeinderats würden manch Einem gut stehen.

Die Kanzlei wird über Weihnachten/Neujahr geschlossen bleiben. In dieser Zeit fallen auch die Sprechstunden des Gemeinderates aus. Wir sind ab 04.01.2010 wieder für sie da. In Notfällen sind wir über Gemeindenatel 079 226 83 62 erreichbar.

7. Diverses

P. Richener: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken beim Frauenverein für das Schmücken des Baumes auf dem Dorfplatz. Habe gehört, dass es ein schönes Fest war. Im Voraus möchte ich mich auch schon bedanken für's Abräumen.

P. Richener: Ich gebe das Wort weiter an Ueli Michel.

Ueli Michel: Das Gemeinschaftsgrab wird nächsten Frühling eingeweiht werden im Rahmen eines ökumenischen Gottesdienstes. Die Arbeiten sind abgeschlossen und wir richten herzlichen Dank an Hanspeter Gasser für seine hervorragende Arbeit. Des Weiteren werden wir sobald als möglich mit dem neuen Containerplatz beim Gemeindezentrum anfangen. Es ist Ziel, dass die Container schon bald aus dem Dorfzentrum wegkommen. Wir möchten gerne den neuen Platz Ende Mai Anfang Juni in Betrieb nehmen. Habe geschlossen.

P. Richener: Wortbegehren? Nein, dann gebe ich das Wort weiter an J. Andrist.

J. Andrist: Die jetzigen Schulräte werden im nächsten Jahr zurücktreten und leider nicht mehr für die neue Kreisschule zur Verfügung stehen. Wir suchen also neue Schulräte. Interessierte können sich bei mir melden oder auch bei Karin auf der Kanzlei. Sie haben sicher schon in der Presse davon gelesen, dass der Spitex Verein Sissach sich in eine AG umwandeln möchte. Das Vorhaben ist schon seit längerem im Gang, doch müssen alle 8 dazugehörenden Gemeinden einverstanden sein. Im Moment haben Sissach sowie Böckten und Diegten noch nicht ja gesagt. Wir halten uns noch zurück und werden dies zur gegebenen Zeit als Sondervorlage bringen.

J.P. Girard: Wird Sissach denn gar nicht beitreten? J. Andrist: Die Verhandlungen laufen schon lange, Sissach hat im Gemeinderat in erster Linie ja gesagt, die Gemeindekommission aber hat abgelehnt aufgrund der Bedingungen. Eines ist aber sicher, dass die Spitex Sissach grossartige Arbeit leistet und mit einer AG wären sie einiges flexibler als in der Vereinsstruktur. Nächste Info⊘ werden zur gegebenen Zeit kommen.

P. Richener: Zum Abschluss möchte ich noch erwähnen, dass auch der Gemeinderat lieber einen Ertragsüberschuss budgetiert. Das Jahr 2009 sieht besser aus als budgetiert. Im Vorfeld der Gemeindeversammlung wurden wir wieder mit Vorwürfen konfrontiert. So wirft man uns vor das Tafelsilber verscherbelt zu haben. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Fürsorgekasse 2000 mit Fr. 214.000 bestückt gewesen war, im Jahr 2003 waren es noch Fr. 140.000 und 2004 wurden die 140.000 aufgelöst zu Gunsten des Heidhauses, sonst würden wir immer noch auf den Bänken drüben im Schulhaus sitzen. Zum Voranschlag 2010 gibt es folgendes noch zu beantworten: Die Schule soll im Jahr 2010 mit Fr. 306.000.-- budgetiert worden sein, welche doch noch höher kommt als für 2009 budgetiert.

Nochmals möchte ich bestätigen, dass das Budget 2009 für die Berechnungen der neuen Kreisschule nie in Betracht gezogen wurde! Es wurden die IST-Zahlen 2008 genommen und hochgerechnet. Logischerweise konnte das Budget 2009 nicht mehr zu Rate gezogen werden, weil es ja sowieso noch in alter Form der beiden getrennten Primarschulen läuft.

Die Bemerkungen dazu und immer wieder darauf zurückzukommen ist unverständlich, denn ob Wintersingen, Sissach, Liestal oder Arisdorf wir würden trotz allem zahlen, hätten zusätzlich nichts zu sagen und die Kinder müssten von ihren Eltern zur Schule gebracht werden. Das Wohl unserer Kinder darf uns doch auch etwas kosten, wir haben doch als Dorf auch die Verantwortung für unsere Kinder. Übrigens in all den geführten Diskussionen ging es nie um die Kinder!! Erstaunt stellen wir fest, dass selbst die eigens gegründete IG Pro Schule nur die Kosten bemängelte aber z.B. sich nie positiv geäussert hat über den . durch die Gemeinde organisierten - Schülertransport!

Zu den Kosten der Behörden und Kommissionen sage ich, dass dies immer wieder gerne zum Thema gemacht wird, wenn man nicht wirklich andere wichtige Argumente hat! Wir sind zu klein um unsere Aufgaben in allen Belangen zu meistern. Wir haben das Recht uns die notwendigen Hilfen zu holen, denn genau diese Einwohner welche uns ständig vorwerfen wir hätten die Geschäfte nicht im Griff sind die Ersten die uns in der Luft zerreißen, falls etwas falsch gemacht würde. Das Argument ist wie ein Hund der sich in den Schwanz beisst: Um sämtlich Geschäfte selber erledigen zu könnten, bräuchten wir z.B. einen Juristen sowie einen Ingenieur und einen Treuhänder. Die Kosten, die wir versuchen so gering wie möglich zu halten, würden genau im Bereich des Personals, Behörden und Kommissionen explodieren. Also kaufen wir uns die Dienstleistungen ein, falls es wirklich nicht anders möglich ist. Im Fall einer Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinden haben wir diese

Aussichten alles fachmännisch erledigt zu bekommen auch nicht, wir müssten sie auch dort einkaufen. Es kostet alles Geld. Wiederum kommt man mit dem Argument, dass Hersberg die Verwaltung ausgegliedert hat nach Arisdorf, doch ist die Gemeinde Hersberg zufrieden für alles nach Arisdorf gehen zu müssen? Wir haben andere Informationen. Hersberg bezahlt zurzeit ca. Fr. 120'000.-- für die Verwaltungskosten. Man sollte auch diese Zahlen in die richtige Relation setzen. Dieser Betrag wird Jahr für Jahr wieder angeglichen werden müssen. Nicht zu vergessen ist, dass auch der Hersberger Gemeinderat kostet wie auch die FW ihren Sold bekommt. Alle anderen Behörden und Kommissionen trotzdem weiterhin ihre Sitzungen haben und entsprechend Kosten verursachen. Die Arbeiten der Verwaltung hier wie auch anderswo sind viel Komplexer geworden. Die Registerharmonisierung sowie die dazu gehörende Gebäuderegistrierung nimmt viel Zeit in Anspruch und wird vom Kanton aus gefordert. Zudem ist der Kanton daran ein neues Rechnungsmodell auszuarbeiten, welches voraussichtlich in den nächsten 2 Jahren eingesetzt werden soll. Vergessen dürfen wir auch nicht, dass wir gerade in Sachen EDV uns zuerst mal an den Kanton angleichen mussten. Die Erarbeitung der Daten war auch in diesem Jahr erheblich.

Die Arbeit der Behörde und der Kommission ist mehr geworden, das ist so, wir haben viel mehr Sitzungen in den verschiedenen Gremien. Ich möchte aber trotzdem auch mal an der Stelle erwähnen, dass wir gerade im Bereich der Raumplanung etliche zusätzliche Sitzungen durchführen mussten, weil im Mitwirkungsverfahren so rege mitgewirkt wurde. Jeder hatte das Recht, doch löste das eine Lawine aus von Sitzungen mit dem Ingenieurbüro und auch beim Kanton. Das Thema Finanzausgleich haben wir genügend erschöpft berichtet. Nochmal sollte jetzt endlich klar sein, dass Steuersenkung nichts zu tun hat mit mehr Finanzausgleich. Persönlich möchte ich noch weitergeben, dass Zitate richtig zitiert werden sollten und nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden sollten. Den Vorwurf wir hätten die Kosten nicht im Griff lehnen wir ab. Das Schulhaus und das Heidhaus sind abgeschlossen und wir können uns mit dem Resultat durchaus zufrieden zeigen. Man hat uns viel vorgeworfen und es war uns eine Lehre. Das wir es auch besser können zeigt die Endabrechnung der Ringstrasse. Die Kosten für die Ringstrasse waren im einem Bereich bei den budgetierten Kosten von Fr. 825'000.-- lediglich mit Fr. 21'000 höher, also 2,5 %, als budgetiert. Der Nutzen des Heidhauses ist schon öfters diskutiert worden. Keiner der Vereine möchte Miete zahlen für den Saal, der Frauenverein sowie der Schützenverein haben den Saal einmal im Jahr sowieso gratis. Der Frauenverein führt nicht mal die jährliche GV im Saal durch! Wir haben dem Frauenverein auch für den Seniorenmittagstisch und den Familienmittagstisch den Saal gratis überlassen, weil wir verhindern wollten, dass den Senioren und den Familien viel Geld verlangt wird für ein Mittagessen. Andere Gruppierungen gehen davon aus, das sie, weil sie für das Dorf etwas machen, auch nichts zahlen müssen. Obwohl z.B. auch in Wintersingen, Sissach oder Rickenbach jeder Verein für die Benützung der Turnhalle oder des Gemeindefaales bezahlen muss. Also die schlechte Nutzung kann man nicht uns vorwerfen. Wir haben keine Ressourcen in der Verwaltung uns noch zusätzlich um Veranstaltungen im Saal zu kümmern - die Personalkosten würden ja wieder steigen!!!! Aber statt nur zu bemängeln wäre es doch eine Möglichkeit, eine Kulturvereinigung Nussdorf zu gründen und damit Veranstaltungen auf den Nussdorf zu holen, welche uns den Saal füllen. Sind aus der Versammlung noch Wortmeldungen?

B. Kestenholz: Weiss der Gemeinderat schon, was mit dem Schulhaus passieren soll?
P.Richener die Schule bleibt ja bis Ende Juli 2010 in den Räumen des Schulhauses.
Natürlich haben wir uns Gedanken gemacht und haben auch schon Abklärungen beim Kanton getroffen, ob die öffentliche Zone in welcher sich das Schulhaus befindet in eine

normale Wohnzone umgezont werden kann. Die Antwort steht noch aus. Ist dann der Zonenplan durch, können wir uns wirklich daran machen. Noch Wortmeldungen? Nein, dann lade ich sie zum Apéro ein. Wir danken Doris Schneider für die Organisation des Apéro.

Ende der Sitzung 21.15 H.

Präsident

Verwalterin